

Universität Potsdam

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Lehrstuhl für Politische Bildung

Seminar: "Außerschulische politische Lernorte"

Dozent: Prof. Dr. Juchler



Außerschulischer politischer Lernort:
Das Stasimuseum in Berlin
Lichtenberg

eingereicht von:

Steven Haase

Inhaltsverzeichnis:

Seite:

1. Einleitung / Konzeption:	3
2. Einordnung in den Rahmenlehrplan:	4
3. Die Geschichte des Lernortes / Die Chronik des MfS:	6
4. Fachdidaktische Analyse des Lernortes:	14
4.1 Fachlichkeit und Interdisziplinarität	14
4.2 Authentizität	15
4.3 Multiperspektivität	15
4.4 Selbsttätigkeit	16
5. Quellen:	17

1. Einleitung / Konzeption:

Im Rahmen des Seminars "Außerschulische politische Lernorte" sollten sich die Studenten selbstständig mit einem historisch-politischen Ort auseinandersetzen und diesen für den Einsatz als außerschulischen politischen Lernort im politisch-bildnerischen Unterricht legitimieren. Dazu wurden im Zeitraum des Semesters Referate zu den einzelnen Lernorten durchgeführt und als Abschlussarbeit war diese Hausarbeit anzufertigen. Es handelt sich bei meinem außerschulischen Lernort um das Stasi-Museum in Berlin Lichtenberg, welches zu DDR Zeiten als Hauptquartier bzw. Zentraler Dienstkomplex des MfS (Ministerium für Staatssicherheit) genutzt wurde. Der riesige Gebäudekomplex war damals Arbeitsplatz für mehrere tausend Mitarbeiter des MfS, jedoch für die meisten DDR Bürger ein schwer bewachter und unzugänglicher Ort. Alle Informationen des Staatssicherheitsapparates liefen hier zusammen und wurden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die innen- und außenpolitischen Handlungen der Staatsführung aufgezeichnet, weiterverarbeitet und in umfangreichem Maße gespeichert. Das MfS war de facto ein staatlich-geleitetes Sicherheitsorgan um die Bürger im eigenen Lande und auch im Ausland, bis in den engsten Arbeits- und Familienkreis zu bespitzeln. Die DDR verstand sich als sozialistischer Staat, der auf demokratischen Prinzipien beruhte, doch in Wirklichkeit verfolgte die Sozialistische Einheitspartei Deutschland (SED) mit ihrem engsten Organ dem Ministerium für Staatssicherheit, eine Politik der inneren Repression und verstieß gegen ihre eigenen demokratischen Grundsätze. Das MfS nannte sich auch "Schild und Schwert" der Partei, wodurch seine Bedeutung metaphorisch dargestellt wurde. Denn nicht nur die "Abwehr" von innen- und außenpolitisch-revolutionären Kräften zählten zu seinen Aufgaben, sondern auch der "Angriff" dieser als staatsfeindlich angesehenen Gruppierungen. Dies konnte jeder normale Bürger sein, der seiner Meinung öffentlich kund gab oder oppositionelles Gedankengut verbreitete.

Aus diesem Grund bietet das Stasi-Museum, für mich als spätere Lehrkraft im Bereich des politisch-bildnerischen Unterrichts für die Sekundarstufe I, viele Ansatzpunkte und Möglichkeiten um mit Schülerinnen und Schülern in verschiedenen Themenfeldern des Lehrplans arbeiten zu können. Die oberste Zielperspektive der Politischen Bildung ist die Entwicklung der politischen Mündigkeit.¹ Um dies gewährleisten zu können, sollten die Schülerinnen und Schüler über Kompetenzen in den Bereichen der politischen Urteilsfähigkeit und politischen Handlungsfähigkeit sowie über methodische Fähigkeiten verfügen, um dadurch ihr konzeptuelles Deutungswissen zu erweitern. Die Auseinandersetzung mit der historisch-politischen Vergangenheit des über Jahrzehnte

1 Politische Bildung - Rahmenlehrplan Brandenburg für die Sek. I (2010): S.10

geteilten Deutschlands trägt dazu bei, dem Lernenden die Wichtigkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des wiedervereinten Deutschlands vor Augen zu führen. Grund-, Menschen-, und Freiheitsrechte sind die Eckpfeiler jeder demokratischen Gesellschaft und sollten geachtet und befolgt werden. Das Stasi-Museum als authentischer Lernort bietet dafür viele Chancen und Zugänge. Bis kurz vor dem Fall der DDR regierte das "Mielke Imperium" von hier aus und heute können u.a. die original Büroräume des langjährigen Ministers für Staatssicherheit im Rahmen des Museums sowie das Stasi-Akten Archiv besichtigt und für außerschulische Lernaktivitäten genutzt werden. Des weiteren befindet sich dort die Ausstellung "Stasi. Die Dauerausstellung zur DDR - Staatssicherheit", die es mit Hilfe von verschiedenen Medien den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, die Ziele und Wirkungsweisen des MfS in den original Räumlichkeiten zu untersuchen. Eine große Sammlung von Abhörapparaten sowie Video und Fototechnik aus dieser Zeit veranschaulicht den Schülern die Methoden und Vorgehensweisen der Stasi. Darüber hinaus werden anhand von verschiedenen Fallbeispielen einzelne Schicksale von DDR Bürgern dargestellt und damit verdeutlicht, wie sehr diese und andere Menschen unter dem Einfluss und Druck der staatlichen Organe zu leiden hatten.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, die didaktische Legitimation für das Stasi-Museum als außerschulischen Lernort u.a. für das Fach Politische Bildung herauszuarbeiten. Dazu werde ich im ersten Teil meiner Arbeit darstellen, in welchen Themenfelder des Rahmenlehrplans Brandenburg für Politische Bildung in der Sekundarstufe I, der Lernort zur vertiefenden Bearbeitung beitragen kann. Anschließend werde ich, in einer Art Sachanalyse, den Lernort "Stasi-Museum Berlin" und die damit eng verbundene Geschichte des MfS näher erläutern und somit in den historisch-politischen Kontext einordnen. Bereits hierbei werden verschiedene Ansatzpunkte für den Einsatz des Lernortes im Fach Politische Bildung deutlich.

Im zweiten Teil der Arbeit wird der Lernort im Hinblick auf die Didaktischen Momente: Fachlichkeit und Interdisziplinarität, Authentizität, Multiperspektivität und Selbsttätigkeit fachdidaktisch analysiert und mögliche Ziele für den politisch-bildnerischen Unterricht formuliert.

2. Einordnung in den Rahmenlehrplan:

Im Folgenden möchte ich den Lernort Stasi-Museum, im Hinblick auf meine spätere Tätigkeit als Lehrkraft im Bereich der Sek.I, in den Rahmenlehrplan Brandenburg für Politische Bildung einordnen. Fächerübergreifendes Lernen, Projektarbeit und außerschulische Erfahrungen gehören u.a. zu verschiedenen Lern- und Unterrichtsformen, die im politisch-bildnerischen Unterricht zur

Anwendung kommen sollten.² Der außerschulische politische Lernort Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg bietet hierfür viele Möglichkeiten und Zugänge zur Anwendung im Unterricht. Es gibt verschiedene Themenfelder des Lehrplans, die mit dem Stasi-Museum vereinbar wären.

Im Themenfeld "Jugend und Politik" könnten sich die Schüler mit der Jugend im geteilten Deutschland auseinandersetzen. Die verschiedenen Lebenssituationen von Jugendlichen in der DDR und BRD, der Einfluss der Staatssicherheitsorgane und der gesellschaftliche Wandel nach der Wende und deren Auswirkung auf die Entwicklung von jungen Menschen wären mögliche Schwerpunkte, die man durch einen Besuch im Museum in diesem Themenfeld vertiefen könnte.³

Im zweiten Themenfeld "Medien" könnte man die Rolle der Medien in verschiedenen Gesellschaftssystemen wie z.B. Demokratie (BRD) und Parteidiktatur (DDR) analysieren. Die Probleme der Medienkontrolle und Medienzensur in der DDR und die Freizügigkeit der Medien wären mögliche Ansatzpunkte.⁴

Zur vertiefenden Arbeit im Themenfeld "Menschenrechte, Recht und Rechtsprechung" bietet sich das Stasi-Museum ebenfalls gut an. Die grundsätzliche Frage der Bedeutung von Menschenrechten für den Einzelnen sowie die rechtliche Festlegung von Menschenrechten z.B. durch die Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE im Jahre 1975 durch die DDR-Staatsführung können hier gemeinsam erarbeitet werden. Die Schüler machen sich die Wichtigkeit der Grundrechte im Grundgesetz bewusst und lernen die Bedeutung der Begriffe "Ziviler Ungehorsam" und "Staatliches Gewaltmonopol" anhand von verschiedenen Fallbeispielen aus BRD und DDR kennen.⁵

Die breitesten Anwendungsmöglichkeiten bietet das Stasi-Museums als außerschulischer politischer Lernort meiner Meinung nach im Themenfeld "Demokratie". Durch den Vergleich von Demokratie und Diktatur am Beispiel der Regierungssysteme in BRD und DDR erfahren die Schüler, welche die Formen bzw. Prinzipien der Demokratie sind, und welchen Gefährdungen eine Demokratie ausgesetzt ist und das ein demokratisches System auf Pluralität beruht. Bürgerbewegungen, Interessenverbände, Parteien und Wahlen können in diesem Zusammenhang durch einen Besuch im Museum ebenfalls ausführlich thematisiert werden.⁶

Zusammenfassend kann man sagen, dass es im Rahmenlehrplan für Politische Bildung in der Sek.I im Land Brandenburg viele Schnittmengen bei den Themenfeldern gibt, die mit Hilfe einer Exkursion in das Stasi-Museum weiterführend und vertiefend bearbeitet werden könnten. Je nach

2 Politische Bildung - Rahmenlehrplan Brandenburg für die Sek.I (2010): S.7f.

3 ebd., S. 21

4 ebd., S. 22

5 ebd., S. 23

6 ebd., S. 26f.

Alter und Vorwissen der Schüler kann es aber auch nötig sein, dass bestimmte grundlegende Themen bereits im Vorfeld im Unterricht behandelt wurden um die Grundlage für einen neuen Wissenserwerb zu schaffen. Um ein hohes Maß an Effektivität zu erreichen, könnte man das Stasi-Museum im Rahmen einer fächer- und themenübergreifenden Projektwoche als außerschulischen politischen Lernort besuchen. Durch die Arbeit in Kleingruppen an verschiedenen Projekten und in verschiedenen Interessensbereichen schafft man für die Schüler eine anregende sowie abwechslungsreiche Arbeitsatmosphäre und motiviert sie zum selbstständigen Arbeiten.

3. Die Geschichte des Lernortes / Die Chronik des MfS:

Am 8. Februar 1950 wurde das "Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit" einstimmig von der DDR-Volkskammer verabschiedet. Einige Wochen vorher wurde dies vom SED - Politbüro. beschlossen und der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht berief am 16. Februar 1950 Wilhelm Zaisser zum ersten Minister für Staatssicherheit. Zugleich wurde er in den Parteivorstand und in das SED - Politbüro kooperiert. Das Ministerium wurde weder durch das Parlament noch durch den Ministerrat kontrolliert, sondern handelte als Behörde eigener Verantwortung. Erich Mielke, der bereits 1945 Leiter einer Berliner Polizeiinspektion und später Abteilungsleiter der Polizei/Justiz beim KPD/SED Parteivorstand war, wurde zu Zaisers Staatssekretär und Stellvertreter ernannt. Mielke prägte in den Jahren von 1957 bis 1989 maßgeblich die Entwicklung und Vorgehensweise des MfS.⁷ Seinen ersten Dienstsitz richtete das Ministerium im Gebäude des ehemaligen Finanzamtes in der Normannenstr. 22 im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg ein. Grundsätzlich bestand die Aufgabe des MfS zu dieser Zeit darin, in allen gesellschaftlichen Bereichen, in Wirtschaft, Landwirtschaft, dem politischen System mit seinen staatlichen Institutionen, Parteien und Massenorganisationen, in den Religionsgemeinschaften usw. vermeintliche oder tatsächliche Gegner der Transformation zur Volksdemokratie nach sowjetischen Vorbild aufzuspüren und dingfest zu machen.

Das Ministerium führte in den frühen fünfziger Jahren zusammen mit der Zentralen Parteikommission (ZPKK) Untersuchungen gegen "parteifeindliche Elemente" wie angebliche Trotzlisten⁸ und Titoisten⁹ durch. In dieser Phase der "terroristisch-administrativer

7 Giesecke, Jens (2000): S.15

8 "Als "Trotzkisten" unter den revolutionären Marxisten werden die Anhänger Leo Trotzki (eigentlich Leo Bronstein, 1878-1940) bezeichnet. Der Weggefährte Lenins unterlag in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts im innersowjetischen Machtkampf Josef Stalin; er wurde 1928 ins Exil gezwungen und 1940 in Mexiko von einem Sowjetagenten ermordet." (Quelle: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33618/trotzkisten?p=all>) Datum des Zugriffs: 30.09.13

9 "Von 1948 bis 1956 galt für die SED neben "Sozialdemokratismus" und "Trotzkismus" der "Titoismus" als

Machtgewinnung und -sicherung"¹⁰ führte die Staatssicherheit willkürliche Verhaftungen und Dauerverhöre durch. Neben Geständnispressungen, tagelanger Einzelhaft und Isolation waren auch noch andere Foltermethoden an der Tagesordnung. Viele Menschen wurden regelrecht verschleppt und ihre Angehörigen wurden nicht über ihren Verbleib informiert.¹¹

Nachdem Ulbricht auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 den "Aufbau des Sozialismus" proklamierte und es somit zu einer weiteren "Verschärfung des Klassenkampfes" kam, stockte das MfS sein Personal erheblich auf und steigerte seine Aktivitäten im In- und Ausland zunehmend. Zu Beginn im Februar 1950 hatte das Ministerium ca. 1100 hauptamtliche Mitarbeiter, welche überwiegend in den Ländervertretungen für Staatssicherheit beschäftigt waren. Mit der "Verschärfung des Klassenkampfes" 1952 wurde das Personal der hauptamtlichen Mitarbeiter auf etwa 8800 aufgestockt. Bei diesem sprunghaften Ausbau stellte das MfS vorwiegend junge SED und FDJ - Mitglieder ein, welche nicht über eigene Erfahrungen aus der kommunistischen Arbeiterbewegung vor 1945 verfügten. Rund 92 Prozent der Staatssicherheitsmitarbeiter waren zu dieser Zeit Mitglied in der SED, alle anderen bezeichnete Minister Zaisser als "Parteimitglieder ohne Buch". Frühere Polizeibeamte oder Personal aus Gestapo und SS wurden vom MfS nicht in den hauptamtlichen Dienst aufgenommen.¹²

Beim Volksaufstand am 17. Juni 1953 spielte das MfS eine wichtige Rolle. Es hatte erheblichen Anteil an den Massenverhaftungen von Demonstranten und angeblichen Drahtziehern. Bei den Demonstrationen wurden über 50 Menschen getötet und mindestens 20 weitere standrechtlich erschossen. Bis zum Abend des 22. Juni verhaftete das MfS zusammen mit der Volkspolizei über 6000 Personen, doch konnten diese Aktionen nicht verhindern, dass das MfS unter innenpolitischen Druck geriet. Denn es hatte im Vorfeld der Unruhen eine seiner wichtigsten Funktionen nicht erfüllen können: Vorboten und Ansätze des Aufstandes frühzeitig zu erkennen und im Keim zu ersticken. Aus diesem Grund wurden personelle Konsequenzen gezogen und bereits am 18. Juni 1953 entließ die Parteiführung Wilhelm Zaisser, der nicht nur aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee ausgeschlossen wurde, sondern wenige Monate später im Januar 1954 sogar die Partei verlassen musste. Sein Nachfolger wurde Ernst Wollweber und nach einer Überprüfung seiner Amtsführung wurde Erich Mielke wieder als stellvertretender Chef eingestellt. Im Zuge

innerparteilicher Hauptfeind, der zu bekämpfen war. Mit der Stalinisierung der SED[1] wurden nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch kritische Kommunisten verfeimt, ausgeschlossen und verfolgt. Bei der Ausbootung innerer Gegner übernahm die Einheitspartei mit den alten KPD-Traditionen auch die stalinistische Methode, "Feinde auszumerzen". (Quelle: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/54018/sed-und-titoismus?p=all>) Datum des Zugriffs: 30.09.13

10 Foitzik, Jan (1993): S.423

11 Giesecke, Jens (2000) S. 16f.

12 ebd., S. 18f.

dessen wurde das Ministerium für Staatssicherheit nach sowjetischen Vorbild in ein Staatssekretariat im Ministerium des Inneren umgewandelt. Der Apparat blieb aber größtenteils eigenständig und erlangte bereits im November 1955 wieder den Status eines Ministeriums.¹³

Wollweber blieb aber nicht lange Chef der Staatssicherheit, denn nach den Enthüllungen Chruschtschows über die Verbrechen Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 geriet Wollweber sowie andere SED Funktionäre in offenen Konflikt mit Ulbricht. Nach seiner schrittweisen Entmachtung trat Wollweber schließlich am 1. November 1957 zurück und an seine Stelle trat Erich Mielke. Dieser konnte sich nicht wie seine Vorgänger auf sowjetische Protektion stützen, sondern hatte sich über Jahre hinweg als Gefolgsmann von Walter Ulbricht profiliert. Damit einhergehend verringerte der sowjetische KGB seine Präsenz im MfS erheblich und von den zuvor allgegenwärtigen "Beratern" verblieben lediglich 32 Verbindungsoffiziere im Ministerium. Der KGB unterhielt jedoch bis 1990 ein eigenes Netz von Residenturen und Agenturen in der DDR. Die inneren Unruhen in Polen und Ungarn sowie innerparteiliche Unstimmigkeiten gaben Ulbricht den Anlass für einen erneuten Kurswechsel. Die Staatssicherheit sollte sich schwerpunktmäßig mit den inneren oppositionellen Kräften der DDR befassen, die nach Ansicht Ulbrichts von "imperialistischer" Ideologie beeinflusst, "aufgeweicht" und "zersetzt" seien. Mielke nahm diesen Kurswechsel bereitwillig an und entwickelte zur weiteren Feindbilddefinition des MfS den zentralen Begriff "politisch-ideologische Diversion"¹⁴. Damit begründete das MfS in den folgenden Jahren seine ständige Präsenz in allen Lebensbereichen der DDR-Bürger. Seine Hauptaufgabe zwischen 1958 und dem Mauerbau 1961 lag im Kampf gegen die Republikflucht. Inspiratoren und Organisatoren sollten aufgespürt und dingfest gemacht werden. Nach Schließung der Sektorengrenze wurden viele DDR-Bürger verhaftet, die gegen den Mauerbau protestiert hatten. Aber auch andere missliebige Personen, die bislang verschont worden waren, gerieten ins Visier der Stasi und wurden festgenommen um ein weiteres Ansteigen der Republikflucht zu verhindern. Das Repertoire an geheimdienstlichen und kriminalistischen Methoden wurde erweitert und die ständig steigende Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter sowie die quantitative und qualitative Verbesserung des Spitzelnetzes ermöglichte es dem MfS, sein geheimpolizeiliches Wirken in das Vorfeld oppositioneller Aktivitäten auszudehnen. Darüber hinaus trat neben der direkten Verfolgung, die präventive Erkundung potentieller Unruheherde, als wichtiges Arbeitsfeld in das Augenmerk des

13 Giesecke, Jens (2000): S.23f.

14 "Wer dessen verdächtigt wurde, versucht in den Augen des Ministeriums für Staatssicherheit (wissentlich oder unwissentlich) die Grundlagen der DDR im Dienste des Gegners zu unterwandern."
(Quelle: <http://www.jugendopposition.de/index.php?id=1331>) Datum des Zugriffs: 02.10.2013

MfS.¹⁵

Im Zuge der Wirtschaftsreformen in der DDR zum "Neuen ökonomischen System" seit 1963 weitete das MfS seine Aktivitäten in den Bereich der Volkswirtschaft aus. Mielke sah als Hauptaufgabe des Ministeriums um zur Produktionssteigerung beizutragen, die Aufdeckung feindlicher Aktivitäten in der Wirtschaft an. Dazu wurde ab 1964 ein Netz von "Sicherheitsbeauftragten" mit Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) in so ziemlich allen wirtschaftlich relevanten Bereichen errichtet. An dessen Spitze stand die Abteilung Inspektion des Ministerrats, die ab 1968 von Staatssekretär Harry Möbis als Obersten Wirtschafts-OibE geleitet wurde. Weitere Arbeitsfelder des MfS zu dieser Zeit, die ständig personell und finanziell aufgestockt wurden, waren z.B. die Passkontrollen an den Grenzübergängen, die Überwachung des Reiseverkehrs über die deutsch-deutsche Grenze, der "Personenschutz" für die Staats- und Parteifunktionäre und als ein sehr breites Betätigungsfeld der Propagandakrieg gegen die Bundesrepublik.¹⁶ Ab 1968 wurde zur ungehemmten Personalexpansion übergegangen, denn bis 1971 hatte sich die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS, seit Beginn der Ära Mielke Ende 1957 mit 17400 Mitarbeitern, auf etwa 45500 Mitarbeiter fast verdreifacht. Zu den Nutznießern zählte vorwiegend der zentrale Ministerrat, aber auch in die Aus- und Weiterbildung seiner Mitarbeiter investierte das Ministerium viel Aufwand. Die Staatssicherheit entfaltete sich zur poststalinistischen Großbürokratie, zu einem "Generalunternehmen für Sicherheit, Machtsicherung und Unterdrückung".¹⁷

Erich Honecker stürzte im Mai 1971 seinen langjährigen Förderer Walter Ulbricht und wurde erster Sekretär des ZK der SED. Mielke stand bereits früh an der Seite Honeckers und gehörte nun zu den Nutznießern des Führungswechsels. Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 wählte ihn das ZK zum Kandidaten des Politbüros und fünf Jahre später wurde er stimmberechtigtes Mitglied des obersten Führungsgremiums der SED. In wöchentlichen Vier-Augen Gesprächen mit Honecker wurde über wichtige Fragen der MfS-Tätigkeit beraten und entschieden. Damit erweiterte Mielke seinen politischen Spielraum, denn nun gehörte er zum engsten Führungskreis innerhalb der Politbürokratie. Nach außen hin wurde der Eindruck der bedingungslosen Unterordnung des Ministers unter den Parteichef erweckt, jedoch lässt vieles darauf schließen, dass das Verhältnis zwischen Mielke und Honecker von vielen Konflikten und "Gruppeninteressen" der Staatssicherheit geprägt war. Die gesellschaftlichen Entwicklungen und die auf internationale Anerkennung

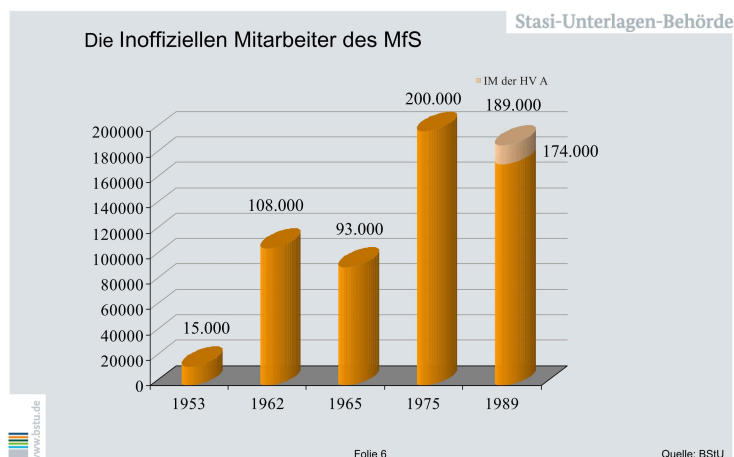
15 Giesecke, Jens (2000) S. 31ff.

16 ebd., S. 35ff.

17 Henke, Klaus Dietmar (1996): S. 647

ausgerichtete Außenpolitik stellte das MfS in den siebziger Jahren vor eine "außerordentliche Bewährungsprobe"¹⁸. Die partielle Öffnung zum Westen verlangte Konzessionen hinsichtlich der gesellschaftlichen Öffnung der DDR. Das Ziel der Staats- und Parteiführung war es, die außenpolitische Isolation zu durchbrechen und aus der internationalen Reputation Legitimität zu schöpfen. Die innenpolitischen Konsequenzen hatte die Staatssicherheit aufzufangen, die sich damit konfrontiert sah, die fortan zunehmenden Kontakte von DDR-Bürgern zu Westdeutschen unter Kontrolle zu halten. Eine weitere Herausforderung für die DDR Staatsführung zu dieser Zeit wurde die Debatte um die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte. Die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nahmen viele DDR-Bürger zum Anlass, innenpolitische und gesellschaftliche Veränderungen zu fordern. Die Regierung der DDR, also faktisch die SED, erkannte damit offiziell die Garantien der Meinungsfreiheit und der Freizügigkeit an. Quantitativ kleine aber politisch zum Teil sehr bedeutsame Bürgerrechtsinitiativen sowie die stark steigende Zahl an ausreisewilligen DDR-Bürgern rückten nun in den Mittelpunkt der MfS-Tätigkeiten. Die "Zurückdrängung von unrechtmäßigen Übersiedlungsversuchen" wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben des Staatssicherheitsapparates, doch der Handlungsspielraum war nun etwas geringer. Man reagierte auf diese Entwicklungen jedoch nicht mit einer Drosselung der Aktivitäten, sondern steigerte den Grad der verdeckten Überwachung und Verfolgung und die angewendeten Methoden wurden modifiziert. Das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) wurde erheblich ausgebaut um jede "feindliche" Aktivität schon im Ansatz aufzudecken und mit konspirativen Mitteln, d.h. die für den Betroffenen nicht erkennbar waren, zu bekämpfen.¹⁹

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

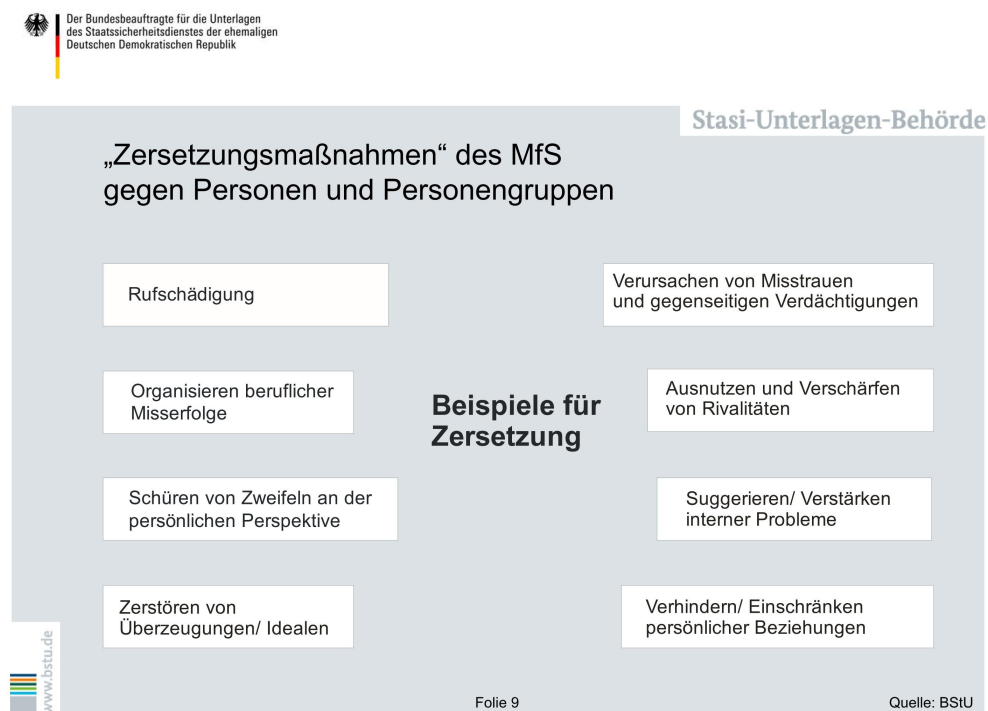


¹⁸ Referat Erich Mielkes auf der Dienstkonferenz am 10.3.1972, S.1; BStU, ZA, DSt 102209

¹⁹ Giesecke, Jens (2000): S.40ff.

Wie Folie 6 der Stasiunterlagen Behörde (BStU) verdeutlicht, hatte die Zahl der für das MfS arbeitenden IM um 1975 seinen Höchststand erreicht. In den folgenden Jahren wurden besonders durch diese Kräfte sog. "Zersetzungsmaßnahmen" ergriffen, um Menschenrechtsaktivisten, Ausreisewillige und andere "auffällige" DDR-Bürger mit Hilfe von verdeckten Mitteln und einer "operativen Psychologie" auszuschalten.²⁰

Verschiedene Beispiele von Zersetzungsmaßnahmen die vom MfS gegen Personen oder Personengruppen angewendet wurden, sind auf Folie 9 der BStU zusammengestellt.

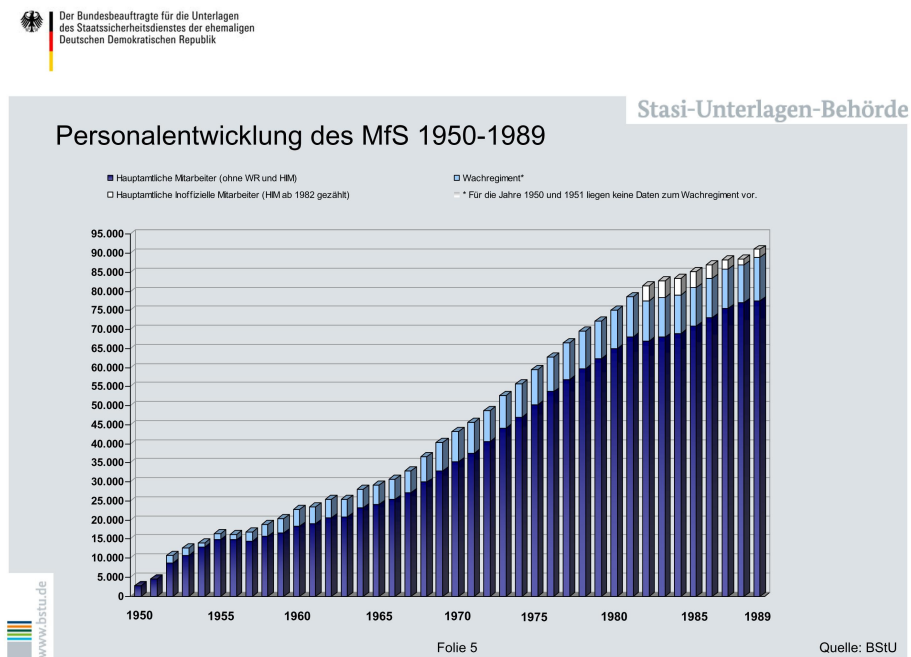


In den im Stasi-Museum dargestellten Einzelschicksalen werden die Auswirkungen auf das private und gesellschaftliche Leben vieler Menschen durch die Maßnahmen des MfS eindrucksvoll dargestellt.

In den siebziger Jahren vollendete das MfS seine Entwicklung zu einem hochgradig ausdifferenzierten Universalapparat aus "operativen" Diensteinheiten der inneren und äußeren Aufklärung, verschiedenen Querschnittsabteilungen, technischen Diensten, eigenen Ausbildungsstätten, einem umfänglichen inneren Verwaltungs-, Versorgungs- und Überwachungsapparat. Ein großer Teil reichte hinunter bis in die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. Die Berliner Zentrale, der Sitz des heutigen Stasi-Museums, verfügte zuletzt

²⁰ Giesecke, Jens (2000): S.44

über sechzig selbstständige Diensteinheiten.²¹ Durch die intensiv geführte Personalpolitik der Staats- und Parteiführung und dem damit verbundenen Bedarf an Diensträumen expandierte die Bebauung auf dem vom Geheimdienst genutzten Gelände in Berlin Lichtenberg enorm. Der Zentrale Dienstkomplex des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit zum Zeitpunkt der Auflösung im Jahr 1989/90 umfasste 189.765 m². Die Zahl der dort tätigen Mitarbeiter stieg von ca. 30 bis 40 zum Zeitpunkt der Gründung des MfS, auf ca. 27.000 Mitarbeiter im Jahr 1989.²² Bei der zum letzten Mal unter Geheimhaltung durchgeführten Personalstatistik, die am 31. Oktober von der MfS-Kaderverwaltung aufgestellt wurde, verfügte das Ministerium über einen Personalbestand von 91.015 Mitarbeitern, darunter 13.073 Zeitsoldaten, 2.232 Offiziere im besonderen Einsatz und 2.118 hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM).



In der letzten Phase des SED-Regimes wuchs die Unruhe in der Bevölkerung und die wirtschaftliche Lage spitzte sich weitergehend zu. Die akute Wirtschafts- und Finanzkrise der DDR führte 1982/83 zwar nur zu einer minimalen Kürzung der finanziellen Zuwendungen aus dem Staatshaushalt und in den Folgejahren stieg der Etat des MfS auch wieder, jedoch konnte das Ministerium die Zuwachsraten früherer Jahre nicht mehr erreichen. Im Januar 1983 verhängte Mielke einen allgemeinen Stellenstopp, den er 1986 noch einmal verschärfen musste. Die zunehmende Anzahl von Personen, die ihre Ausreise in den Westen beantragten, wurde zum

21 Giesecke, Jens (2000): S.56

22 Kuhlicke, Nora; Rost, Beate (2005): S.3

Hauptproblem für das MfS. Durch private und offizielle Kontakte war der Eiserne Vorhang löchrig geworden. Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen formierten sich seit Ende der siebziger unter dem Dach der evangelischen Kirche zu einer politischen Opposition. Außerdem stieg die öffentliche Resonanz besonders in den Westmedien, wodurch sich der Spielraum für das MfS bei seinen Aktivitäten erheblich einschränkte.²³

Mit dem Beginn der sowjetischen Reformpolitik unter Generalsekretär Michail Gorbatschow, die mit dem 27. Parteitag der KPdSU 1986 begann, wurde die ideologische Legitimation der SED-Herrschaft und der Staatssicherheit in Frage gestellt. Damit war der Weg frei für eine innere Opposition, die sich auf die in Moskau gewährten Freiheiten berufen konnte. Nach und Nach geriet die Lage in der DDR außer Kontrolle und von verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen wurde in Zusammenarbeit mit der SDP, der Sozialdemokratischen Partei der DDR, das "Neue Forum" als oppositionelle Sammlungsbewegung gegründet. Tausende DDR-Bürger riefen zu Protesten gegen gegen die Staats- und Parteiführung der SED auf und gingen auf die Straße.²⁴ Nach dem "jämmerliche(n) Auftritt Erich Mielkes vor der Volkskammer (deren Abgeordneter er seit 1950 war)"²⁵, dem Sturz Honeckers im November 1989 und der Besetzung vieler Kreisdienststellen durch Bürgerrechtler in den folgenden Monaten, wurde am 15.01.1989 der Zentrale Dienstkomplex des MfS in Berlin-Lichtenberg von einem Bürgerkomitee in einer "Sicherheitspartnerschaft" mit Staatsanwaltschaft und Volkspolizei übernommen. Am selben Abend wurde das Gelände, aus abschließend nicht geklärten Gründen, von einer aufgebrachten Menge gestürmt und zum Teil verwüstet. Die riesige Menge an unrechtmäßig gesammelten Daten und Informationen durch das MfS verunsicherte selbst die Bürgerrechtler und zugleich begann eine kontroverse Debatte um den Zugang für Verfolgte, für juristische Rehabilitierungen, für die Ahndung von MfS-Straftaten, für die Säuberung wichtiger öffentlicher Positionen von ehemaligen Mitarbeitern und Zuträgern und für die historisch-politische Aufarbeitung. Am 24. August 1990 wurde dann vom neu gewählten demokratischen Parlament das "Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit / Amtes für Nationale Sicherheit" verabschiedet.²⁶

23 Giesecke, Jens (2000): S.87ff.

24 ebd., S.90ff.

25 ebd., S.96

26 ebd., S.102f.

4. Fachdidaktische Analyse des Lernortes:

Im letzten Teil meiner Arbeit möchte ich den Lernort Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg in Hinblick auf die didaktischen Momente der Fachlichkeit und Interdisziplinarität, Authentizität, Multiperspektivität und Selbsttätigkeit fachdidaktisch analysieren und davon ausgehend einige Ziele für den Unterricht im Fach Politische Bildung formulieren.

4.1 Fachlichkeit und Interdisziplinarität:

Beim Besuch von außerschulischen politischen Lernorten im Rahmen eines Projekttagess oder einer Projektwoche können die fachlichen Inhalte des Politikunterrichts in besonderer Weise veranschaulicht werden.²⁷ Die Schüler bekommen Einblicke in das reale politisch-historische Zeitgeschehen und können somit bestimmte theoretische Inhalte des Faches Politische Bildung besser verstehen. So kann der Besuch des Stasi-Museums z.B. dazu beitragen, den Schülern den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur deutlich zu machen. Dadurch lernen die Schüler etwas über die Prinzipien von Demokratie kennen und sind in der Lage verschiedene Demokratie ablehnende Orientierungs- und Handlungskonzepte zu ermitteln und zu erörtern. Des weiteren bietet sich das Stasi-Museum z.B. an, um die Rolle der politischen Parteien in einer Demokratie und die wesentlichen Unterschiede in ihren Positionen näher zu betrachten.²⁸ Es besteht die Möglichkeit viele Merkmale eines demokratischen Verfassungsstaates am Lernort Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg erfahrbar und lernbar zu machen. Dazu gehören z.B. die rechtliche Gleichheit aller Bürger/-innen, allgemeines Wahlrecht, umfassende Partizipationsrechte und -chancen der Bürger/-innen, diskursive Öffentlichkeit, Geltung des Mehrheitsprinzips, Herrschaftsanvertrauung auf Zeit, gewaltenteilige Organisation der Staatsgewalt, Mehrparteiensystem, Parteienwettbewerb, Pluralismus der Interessenverbände, offener politischer Willensbildungsprozess und freie Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition.²⁹

Ein weiterer wichtiger Aspekt beim Besuch eines außerschulischen politischen Lernortes ist die Interdisziplinarität. Um bei den Schülern eine pädagogisch wünschenswerte "ganzheitliche Weltanschauung"³⁰ zu entwickeln bietet es sich beim Besuch eines außerschulischen politischen Lernortes an, den Fächerkanon aufzubrechen und im Rahmen eines Projektes fächerübergreifend zu arbeiten. Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, dass die fachspezifischen Kenntnisse, in Verknüpfung

27 Juchler, Ingo (2013): S.1

28 Politische Bildung - Rahmenlehrplan Brandenburg für die Sek.I (2010): S.26

29 Schmidt, Manfred G. (2006): S. 21f, S.26

30 Deichmann (2001): S.8

mit Gegenständen aus anderen Wissensdomänen, vermittelt werden können. Die Verflechtung der verschiedenen Themen sollte bei der Vorbereitung, dem Besuch und der Nachbereitung des Lernortes stets im Auge behalten werden um den Schülern ganzheitliches Lernen und das Verstehen des Politischen zu ermöglichen.³¹ Interdisziplinäres Arbeiten im Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg ist z.B. mit den Fächern Geschichte, Deutsch, Kunst, Musik und Lebensgestaltung-Ethik-Religion möglich.

4.2 Authentizität:

Das Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg hat zweifelsohne die gewisse Aura einer historisch-politischen Stätte an der zeitgeschichtliches Geschehen stattfand und auch heute noch stattfindet. Die Original Büroräume des langjährigen Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke können im Rahmen des Museums von den Besuchern besichtigt werden und geben damit Einblicke in die Lebens- und Arbeitswelt der damals dort tätigen Protagonisten. Durch die architektonischen Besonderheiten des Gebäudes bzw. des gesamten Areals, welches früher zum Ministerium für Staatssicherheit gehörte, wird dem Lernenden die Größe und das Ausmaß der Tätigkeiten des MfS und sein struktureller Aufbau verdeutlicht. Die Besichtigung der Staatssicherheitsarchive oder von verschiedenen Verhörräumen ermöglicht es, über die fachliche und interdisziplinäre Wissensvermittlung hinaus, Wahrnehmungen zu vermitteln, welche von den Sinnen erschlossen werden und beim Lernenden Emotionen hervorrufen. Durch die Verknüpfung der sinnlich-emotionalen Erfahrungen mit dem Erkenntnisprozess kann der Besuch eines außerschulischen Lernortes zu einem höheren und nachhaltigerem Erfahrungszuwachs führen, als dies durch nur rezeptiv gewonnen Erkenntnisse im schulischen Politikunterricht möglich ist.³²

4.3 Multiperspektivität:

Besonders dem didaktischen Moment der Multiperspektivität wird am außerschulischen politischen Lernort Stasi-Museum Berlin-Lichtenberg Rechnung getragen. Die Darstellung verschiedener Einzelschicksale in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen der DDR und die damit einhergehenden Repressionen der Betroffenen Personen werden hier durch den Betrachter hautnah erfahren. Durch die Erfahrung bzw. Auseinandersetzung mit verschiedenen Perspektiven zum Thema Staatssicherheit z.B. durch Gespräche mit Zeitzeugen oder Recherche in den Stasi-

31 Juchler, Ingo (2013): S.1

32 ebd. S.1f.

Unterlagen wird dem Lernenden ermöglicht, sich ein eigenständiges politisches Urteil zum bearbeiteten politischen Gegenstand zu bilden. Denn gerade durch die Berücksichtigung der Perspektiven, Sichtweisen und Interessen Anderer qualifiziert sich mein individuelles politisches Urteil. "Das politische Urteilen eines Individuums behält somit zum einen den Charakter der Eigenständigkeit, zum anderen ist es durch die Einbeziehung der politischen Perspektiven anderer nicht länger nur subjektiv auf die eigene Interessenlage bezogen. Darüber hinaus erkennt das Individuum durch die Einbeziehung der Sichtweise des oder der Anderen die Perspektivität des eigenen politischen Urteils an."³³

4.4 Selbsttätigkeit:

Da der schulische Politikunterricht häufig von rezeptivem Lernen geprägt ist, kann der Besuch einer historisch-politischen Lernstätte den Besucher dazu motivieren, den Lernort selbstständig zu entdecken, zu erkunden und zu untersuchen. Dafür wird vom Besucher eine offene, neugierige und investigative Grundhaltung erforderlich sein, um neue Bildungsprozesse anzustoßen. Die Lernenden können durch die selbstbestimmte und selbsttätige Arbeitsweise am Lernort zu einem erfahrungsbasierten Erkenntnisgewinn gelangen, der es ihnen ermöglicht, ihr Verständnis des Politischen weiterzuentwickeln und ihre Fähigkeit zum selbstständigen politischen Denken und Handeln fördert.³⁴ Gerade die selbstständige Arbeit im Stasi-Akten Archiv kann die Schüler dazu animieren, sich mit den individuellen Schicksalen von DDR-Bürgern auseinanderzusetzen. Die Lernenden erkennen dadurch wie tiefgreifend die Einflüsse des MfS, auch in den privaten Bereich der Verfolgten Personen, reichten und gegen welche demokratischen Grundsätze die Staatsführung wissentlich und systematisch verstoßen hat.

33 Juchler, Ingo (2012): S.20

34 ebd., S.3

Quellen:

- Deichmann, Carl (2001): Fächerübergreifender Unterricht in der Politischen Bildung. In: Juchler, Ingo (2013): Außerschulische politische Lernorte - die didaktischen Momente der Fachlichkeit, Interdisziplinarität, Authentizität, Multiperspektivität und Selbsttätigkeit. (Quelle:http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/politische-bildung/images/1_Herr_Juchler/Downloads/Juchler_Ausserschulische_pol_Lernorte.pdf) Datum des Zugriffs: 14.05.2013
- Giesecke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2000.
- Jan Foitzik: Die stalinistischen "Säuberungen" in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien. Ein vergleichender Überblick. In: Hermann Weber / Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Berlin 1993, S. 423.
- Juchler, Ingo: Außerschulische politische Lernorte - die didaktischen Momente der Fachlichkeit, Interdisziplinarität, Authentizität, Multiperspektivität und Selbsttätigkeit. 2013. (Quelle:http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/politische-bildung/images/1_Herr_Juchler/Downloads/Juchler_Ausserschulische_pol_Lernorte.pdf) Datum des Zugriffs: 14.05.2013
- Klaus Dietmar Henke: Staatssicherheit. In: Werner Weidenfeld / Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Neuausgabe Bonn 1996, S. 646-653.
- Kuhlicke, Nora; Rost, Beate: Zur Entstehung und Entwicklung des Zentralen Dienstkomplexes des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 22, zwischen 1950 und 1989/90, 2005. (Quelle:http://forge.fh-potsdam.de/~ABD/wa/Diplomarbeiten/Diplomarbeiten_Dokumente/dip_kulicke.pdf) Datum des Zugriffs: 12.09.2013
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I. Politische Bildung. Potsdam: GS Druck und Medien GmbH, 2010.
- Schmidt, Manfred G. (2006): Demokratietheorien. 3.Auflage. Eine Einführung. In: Weißeno, Georg; Detjen, Joachim; Juchler, Ingo; Massing, Peter; Richter, Dagmar (Hrsg.): Konzepte der Politik - ein Kompetenzmodell. S. 62. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2010.